Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Carolina Trautner

Abg. Margit Wild

Abg. Eva Gottstein

Abg. Thomas Gehring

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Kathi Petersen

Staatssekretär Bernd Sibler

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe auf:

Artikel 7

"Schulen"

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Die Redezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Erste Rednerin ist die Kollegin Trautner.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Artikel 7 beschäftigt sich mit den Schulen. Ich möchte betonen: Uns ist wichtig, dass es hier nicht nur um reine Wissensvermittlung geht, sondern dass der Fokus auch auf die Vermittlung von Eigenschaften gerichtet wird, die das Herz und den Charakter bilden. Deshalb ist es wichtig, dass die Toleranz, die Achtung vor der Würde jedes Einzelnen und Demokratie eingeübt, praktiziert und als Werte vermittelt werden.

(Beifall bei der CSU)

Das geschieht nicht nur in einem Fach, sondern das wird fächerübergreifend so gestaltet. Uns ist wichtig, dass alle Schüler – ich betone: alle Schüler – eine kulturelle Kompetenz entwickeln und dazu befähigt werden, Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit offen anzunehmen. Besonders darauf soll selbstverständlich auch in der Lehreraus- und -weiterbildung der Schwerpunkt liegen.

Des Weiteren steht in Artikel 7, dass wir insbesondere in den Pflichtschulen dafür sorgen werden, dass es Klassen gibt, die gerade die Sprachförderung besonders vorantreiben, damit diese Kinder möglichst schnell in Regelklassen beschult werden können. Das ist das hehre Ziel. Alles andere wurde in allen möglichen Ausschüssen heiß diskutiert. Ich möchte es dabei bewenden lassen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult; bitte kommen Sie zurück. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Liebe Kollegin Trautner, der Themenbereich Schule ist so wichtig, und Sie gehen so schnell wieder vom Rednerpult weg. Das kann ich absolut nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie haben von der Achtung der Würde des Menschen gesprochen.

(Zurufe von der CSU)

– Also bitte schön, jetzt spreche ich.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Sie sagen, dass die Achtung vor der Würde des Menschen und das Demokratieverständnis so wichtig sind.

(Unruhe bei der CSU und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Dazu meine ich: Das steht alles in unseren Lehrplänen. Damit sprechen Sie allen Lehrerinnen und Lehrern hohn, die sich in diesem Bereich seit Jahren vorbildlich engagieren und dies bereits als Selbstverständlichkeit zur Maxime ihres Unterrichts erklärt haben.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe; man versteht ja überhaupt nichts.

Margit Wild (SPD): Nun zu ein paar konkreten Dingen. – Jetzt spreche ich.

(Zuruf von der CSU: Die Oberlehrerin!)

– Gerne, "Oberlehrerin" ist gut; "Oberlehrer" hat man auch schon zu Hans-Jochen Vogel gesagt. Man sieht, wie weit er es gebracht hat.

Folgendes haben wir seit Jahren immer angemahnt, doch es fehlt. Das nehmen Sie zwar auf, aber dabei spielen Sie absolut mit der Rückhand. Im Hinblick auf Kinder, die traumatisiert sind, fehlt es an entsprechenden Angeboten an ausgebildeten Traumapädagogen. Dann fehlt es an Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten; diese sind Mangelware. Auch dabei haben Sie sich Versäumnisse vorwerfen zu lassen. Gleiches gilt für Deutsch als Fremdsprache und die Schulsozialarbeit. Das ist ein von uns seit Jahrzehnten angemahntes Thema. Auch hier: Fehlanzeige. Bei der multikulturellen Kompetenz der Lehrkräfte: auch Fehlanzeige.

Ich bedauere sehr, dass heute der Minister Spaenle nicht da ist. Gerade wenn es um den ganzen Themenbereich Bildung geht, ist es ein Armutszeugnis, dass er heute nicht da ist. Ich betone noch einmal: –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende.

Margit Wild (SPD): Dass Sie nach zwei Minuten bei so einem wichtigen Thema weggehen, das verstehe ich überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Carolina Trautner (CSU): Liebe Frau Kollegin Wild, ich bin davon überzeugt, dass unsere Lehrkräfte hervorragende Arbeit leisten. Das betonen auch wir immer wieder.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt stehen wir vor den besonderen Herausforderungen der Beschulung von Kindern mit Fluchthintergrund. Das ist eine neue Aufgabe. Sie wird natürlich zusätzlich Ressourcen fordern. Auch deswegen habe ich betont, dass es in der Lehrerfortbildung ein Schwerpunkt sein wird.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können Sie das konkretisieren?)

Das heißt aber nicht, dass bis jetzt keine gute Arbeit geleistet wird.

Was den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache angeht, wissen Sie ganz genau, dass wir aufgestockt haben. Es wird seine Zeit brauchen. Die Universität Passau zum Beispiel hat zusätzlich einen Lehrstuhl bekommen. Wir haben Online-Fortbildungen installiert, die hervorragend helfen und schnell realisiert werden können. Sie wissen, dass wir auch Schulsozialarbeit und Traumapädagogen unterstützen. Es stellt sich halt immer die Frage, in welchem Ausmaß das der Fall ist. Das wissen Sie auch. Das haben wir x-mal im Bildungsausschuss diskutiert. Dass wir hier so kurz darüber reden, heißt nicht, dass wir das Thema Bildung nicht für besonders wichtig halten. Das wissen Sie ganz genau.

(Zurufe von der SPD: Doch, das heißt es genau!)

– Nein, das heißt es nicht. – Ich glaube einfach, es wird alles nicht besser, wenn man es hundertmal wiederholt. Wie heißt es so schön: Sie sind der Meinung, dass dieses Integrationsgesetz nichts ist. Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern als ein Atom. Das hat zumindest schon Einstein so gesagt. Ich sehe das bei Ihnen auch so.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie noch am Rednerpult. Bitte bleiben Sie noch. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, ich stelle fest: Die Herrschaften, die gerade zum Beispiel "Die schon wieder!" gesagt haben, haben applaudiert, als die Rednerin von der CSU die Arbeit von Lehrkräften gelobt hat. Aber bei der Zwischenbemerkung, die vorhin eine Rednerin gemacht hat, haben die gleichen Herrschaften sie mehrfach abschätzig mit dem Wort "Oberlehrerin" betitelt. Das ist ein Widerspruch.

(Widerspruch bei der CSU)

So, wie es gesagt wurde, finde ich, es ist auch eine sexistische Äußerung. Ich finde das schade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Widerspruch und Lachen bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, die Frau Gottstein hat noch das Wort. Ich bitte um Ruhe.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich bedauere das. Dabei spreche ich Sie an: Ich finde, Sie benehmen sich wie Schulbuben. Und das ist jetzt nicht sexistisch gemeint; ich weiß kein anderes Wort.

(Lachen bei der CSU)

– Nein. Überlegen Sie sich mal: Hier macht eine Dame ganz ernsthaft eine Zwischenbemerkung, und Sie sagen mehrfach: "Die Oberlehrerin, die Oberlehrerin!" Wenn das nicht sexistisch und anmaßend ist! Unmöglich!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, die Frau Trautner hat das Wort.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ist das Ihre Leitkultur?)

Carolina Trautner (CSU): Ich nehme Ihre Äußerung zur Kenntnis; aber ich glaube, ich muss mich nicht weiter dazu äußern.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe schon: Die Erwartungshaltung ist groß beim Kollegen Zellmeier. Ich finde, sie

sollte groß sein, weil ich Sie mal loben muss. Es gibt in diesem Artikel einen Abschnitt von drei Zeilen Länge, bei dem man sagen muss: Vielleicht sind es die drei besten Zeilen dieses Gesetzentwurfs. Da steht: "Auf die interkulturelle und integrative Kompetenz soll im erforderlichen Umfang in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte besonderer Wert gelegt werden." – Ja, richtig. Wir haben immer schon interkulturelle Kompetenz in der Lehrerbildung gefordert, um die Lehrerinnen und Lehrer auf diese Aufgabe vorzubereiten. Da haben Sie mal etwas gelernt. Großartig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zum Rest des Artikels muss man sagen: Das ist ein Artikel, der in die Kategorie "Verpasste Chancen" gehört. Hier ist verpasst worden, ein Integrationsgesetz zum Thema Schule zu erstellen und zu formulieren, wo die Chancen sind, wo die Aufgaben sind und wie wir unser Schulsystem weiterentwickeln müssen, damit es tatsächlich ein integratives ist, ein Schulsystem, das die Kinder, die zu uns kommen, aufnimmt und angemessen fördert. Dazu ist in diesem Gesetzentwurf leider bis auf diesen einen Satz Fehlanzeige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist interessant, dass Pflichtschulen erwähnt werden und dort Sonderklassen möglich sind, die es heute schon gibt. Ich weiß nicht, warum man das in das Gesetz reinschreiben muss. Hier wäre die Chance gewesen zu sagen: Integration ist Aufgabe nicht nur der Grund-, Mittel- und Berufsschulen, die diese Aufgabe wirklich in großartiger Weise meistern, sondern aller Schularten. Das hätten Sie hier reinschreiben müssen. Das wäre etwas gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann muss darüber gesprochen werden, dass wir unser Schulsystem auf Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und ganz unterschiedlichem sprachlichem Hintergrund vorbereiten müssen. Darauf sind unsere Schulen noch nicht vorbereitet. Wir brauchen die Strukturen. Wir brauchen Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache. Wir brauchen Sprachbegleitung, weil wir, wenn wir

schon beim Thema deutsche Sprache sind, alle gelernt haben, dass es nicht reicht, zu Anfang einen guten Unterricht zu machen, damit sich die Neuankömmlinge auf dem Schulhof gut auf Deutsch unterhalten können. Wir brauchen Sprachbegleitung über sechs, sieben, acht Jahre hinweg. Dafür brauchen wir Mittel. Das muss als Aufgabe der Schule definiert werden. Das fehlt in diesem Artikel. Das hätte hier reingeschrieben werden müssen. Da ist leider Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Absatz 1 wird auf den Erziehungsauftrag in der Verfassung und die in Artikel 1 genannten Integrationsziele verwiesen, wonach das Aufgabe der Schule sei. Damit sind wir, obwohl es hier nicht drinsteht, wieder beim Thema Leitkultur. In Artikel 1 sollen die Menschen auf die Leitkultur verpflichtet werden. Ich frage Sie: Was wollen Sie mit dem Thema Leitkultur in der Schule? – Alle Lehrerverbände haben sich ganz eindeutig dahin gehend geäußert, dass sie von dem Begriff der Leitkultur nichts halten. Deswegen hätten Sie das hier nicht reinschreiben sollen. Wenn Sie sich hier auf die Leitkultur berufen und das zur Aufgabe der Schule machen, dann bedeutet das Misstrauen gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, die an unseren Schulen in hervorragender Art und Weise Wertebildung vermitteln. Sie brauchen dazu keine Aufforderung durch ein solches Desintegrationsgesetz.

(Beifall des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wertebildung ist vor allem eine Sache zwischen Menschen. Sie ist Beziehungsarbeit. Sie hat vor allem damit zu tun, dass Leute eine Haltung haben, für diese Haltung stehen, Vorbild sind und dann damit arbeiten können. Das erreichen Sie nicht durch dieses Gesetz. Dieses Gesetz ist insgesamt von seiner Tonlage, Sprache, Ausrichtung her, von der Diskriminierung der Ausländerinnen und Ausländer her

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ein Gesetz, das gegen diese Haltung ist. Wir brauchen Haltung, nicht dieses Gesetz; denn nur gemeinsam gewinnen wir.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sind Sie fertig, Herr Kollege?

(Zuruf von der CSU: Das weiß er noch nicht!)

Das war für mich noch nicht erkennbar das Ende des Redebeitrags.

Thomas Gehring (GRÜNE): Vielleicht darf ich darauf hinweisen: Wenn Sie unsere Reden verfolgen, dann werden Sie feststellen, dass wir am Ende immer sagen: Gemeinsam gewinnen wir. Das ist die Botschaft, die wir Ihnen heute vermitteln wollen. Ich denke, wir werden es bis heute Nacht noch schaffen, dass Sie das alle "fressen".

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dann ist es bei mir angekommen. – Jetzt hat der Kollege Scheuenstuhl Gelegenheit zu einer Zwischenbemerkung.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Gehring, wir haben uns im Kommunal-, Innen- und Sportausschuss intensiv über die ganze Thematik der Finanzierung unterhalten. Sachaufwandsträger der Schulen und Kindergärten sind in der Regel Kommunen. Ich habe mich vorhin nicht zu Wort gemeldet, glaube aber, dass die Kommunen hier gefragt sind.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nachdem wir jetzt von der CSU gehört haben, dass noch mehr Ressourcen verwendet werden müssen, gehe ich davon aus, dass sich das auf die baulichen Gegebenheiten bezieht bzw. auf die Ausstattung der Schulen und der Kindergärten sowie der Tagesbetreuungen. Ich stelle meine Frage an Sie: Meinen Sie, dass die vorhandenen Finanzmittel der Kommunen dafür ausreichen? – Sie haben dazu kein Wort gesagt. Deswegen spreche ich Sie jetzt einfach frisch, fromm, fröhlich, frei an. Glauben Sie, dass man hier noch mehr tun müsste, um die Kommunen zu unterstützen, die Land-

kreise, die Gemeinden und Städte, damit wir hier nicht nur gute Lehrerinnen und Lehrer haben, sondern auch die entsprechende Ausstattung, damit man die Menschen auch transportieren kann? Das kommt noch dazu. Hier würde ich mir als Kommunalpolitiker wünschen, dass Sie etwas dazu sagen.

Thomas Gehring (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Scheuenstuhl. Tatsächlich wird dieser Artikel 7 gar nicht der Tatsache gerecht, dass Schule bei uns eine Aufgabe zweier Ebenen ist, nämlich des Freistaates, der sich um die Lehrerinnen und Lehrer und die Bildungsinhalte kümmert, und der Kommunen, die sich um Gebäude und Schultransport kümmern. Tatsächlich haben wir momentan das Problem, dass es nun an wenigen Schulen die sogenannten InGym-Klassen gibt bzw. an Realschulen die Klassen für Jugendliche mit Migrationshintergrund oder für Flüchtlinge, aber in der Regel nicht die Schulbuskosten für diese Kinder übernommen werden. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie auf die neuen Gegebenheiten nicht eingegangen wird. Die Kommunen und Landkreise werden alleingelassen. Wir werden deswegen den Antrag einbringen, das Schulwegkostenfreiheitsgesetz so zu ändern, dass es auf die neuen Unterrichtsangebote anwendbar ist.

Es gelingt, Flüchtlinge an Gymnasien und Realschulen zu bringen, wo sie gefördert werden sollen. Aber die Schule ist natürlich oft nicht vor Ort. Wenn es dann nicht gelingt, die Fahrtkosten zu übernehmen, zeigt das, wie verantwortungslos der Freistaat gegenüber der kommunalen Ebene auftritt, indem er diese Aufgabe nicht erfüllt. Natürlich werden wir uns weiter um den Schulhausbau kümmern müssen. Wir werden demnächst im Landtag auf unseren Antrag hin einen Bericht bekommen. Da sind Hausaufgaben nicht gemacht. Ich sage generell: Schulhausbau wird zu 35 % vom Freistaat Bayern gefördert.

(Erwin Huber (CSU): Bis zu 80 %! Das ist Unsinn, was du da erzählst!)

– Schulhausbau 35 %. "FAG plus" sind 35 plus 15,

(Erwin Huber (CSU): Keine Ahnung!)

während der Straßenbau bis zu 90 % finanziert wird. Auch da gibt es ein großes Ungleichgewicht. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Bevor ich dem Herrn Kollegen Pohl das Wort erteile, darf ich mir die Bemerkung erlauben, dass alle Fraktionen im Augenblick einen sehr hohen Störfaktor gegenüber allen Rednerinnen und Rednern haben. Vielleicht könnte man sich wieder einmal mehr aufs Zuhören konzentrieren. Es ist erst drei viertel neun, meine Damen und Herren. Wir haben noch ein paar Stunden vor uns.

(Zuruf von der CSU)

– Lieber Herr Kollege Pohl, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Artikel 7 dieses Gesetzes liest, könnte man meinen, in Bayern herrschten Verhältnisse wie in Kreuzberg oder Neukölln. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, was dort drinsteht, ist doch längst gelebte Realität in den Schulen. Darin steht, dass die Schulen die grundlegende Rechts- und Werteordnung der Verfassung vermitteln. Ja, was denn sonst? "Auf die interkulturelle und integrative Kompetenz soll ... in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte ... Wert gelegt werden." – Sie stellen Ihrem Kultusminister völlig zu Unrecht ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Das passiert doch längst.

Ich war letzte Woche bei einer Einbürgerungsfeier von 52 Migranten, und Sie werden sich wundern: Da begegnete mir eine Brasilianerin, die in einer internationalen Anwaltskanzlei arbeitet. Ich würde sagen, der Prozentsatz an Akademikern unter diesen 52 Menschen ist durchaus repräsentativ in Bezug auf die Gesamtbevölkerung. Jeder von Ihnen weiß doch aus seinem Bekanntenkreis, dass gerade aus den Ländern Mitteleuropas, aber auch von weiter her, genügend Menschen mit guter Schulausbildung kommen.

Natürlich kann man immer mehr tun, aber dass Sie jetzt ausgerechnet in dem Integrationsgesetz mahnend den Zeigefinger heben und meinen, das Rad neu erfinden zu müssen, verstehe ich nicht. Auf diesen Artikel 7 hätte man eigentlich verzichten können. Wenn man ihn aber reinschreibt, dann sollte man ihn auch handwerklich gut machen. In Absatz 1 Satz 1 – liebe Kolleginnen und Kollegen, da muss ich mich schon sehr wundern – werden die Schulen dazu verpflichtet,

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

die Integrationsziele zu fördern. Gemäß Satz 2 sollen sie in diesem Zusammenhang auch die grundlegende Rechts- und Werteordnung der Verfassung vermitteln. Da meine ich, sind die Gewichte schon arg verschoben. Normalerweise müsste in Satz 1 das Bekenntnis zur Rechts- und Werteordnung des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung kommen und meinetwegen in Satz 2 die Integrationsziele.

Der Begriff der Leitkultur ist für mich kein Schreckgespenst. Wenn Sie aber diesen Begriff zum Gegenstand der Unterrichtung in Schulen machen wollen, dann bitte in der Hierarchie unter der Rechts- und Verfassungsordnung. Ganz nebenbei: Ich denke auch nicht, dass Sie an den Unterrichtszielen aktuell so viel auszusetzen haben müssen; denn das, was Sie unter "Leitkultur" verstehen, ist doch zum großen Teil schon Bestandteil des derzeitigen Unterrichts. Sie haben den Religionsunterricht, das steht übrigens in der Bayerischen Verfassung. Das ist ein Teil dieser Leitkultur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe nicht ganz, was Sie mit diesem Artikel 7 wollen. Es wirkt fast so, als sähen Sie Nachholbedarf im bayerischen Schulsystem. Ich sehe diesen in manchen Bereichen auch, aber bei dieser Pauschalkritik muss ich das Kultusministerium, die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern und die sonstigen am Unterricht beteiligten Personen deutlich in Schutz nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Petersen für die SPD.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, wir haben uns im Ältestenrat vor Kurzem geeinigt, dass wir diese Sitzung mit Anstand weitermachen wollen. Ich bitte Sie herzlich darum, das auch zu tun.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Frau Petersen, Sie haben das Wort.

Kathi Petersen (SPD): Danke schön. – Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Sie irren sich, Herr Kollege Pohl, wenn Sie sagen, in den Schulen passiere schon alles, was in Artikel 7 dargestellt wird. Offensichtlich ist das Integrationsverständnis der Schulen nicht so, wie es die Staatsregierung und die CSU in diesem Gesetz propagieren, nämlich Integration als Einbahnstraße. Davon ist dieser Artikel 7 eindeutig geprägt.

(Beifall bei der SPD)

Bereits in Absatz 1 Satz 1 wird auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag nach Artikel 131 der Verfassung verwiesen,

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

und dieser Artikel 131 nennt als oberste Bildungsziele unter anderem Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Petersen, bitte entschuldigen Sie, ich muss noch einmal unterbrechen. – Jetzt muss ich Sie ansprechen, Herr Kreuzer. Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben eine nicht leise Stimme, und wenn Sie etwas zu besprechen haben, dann gehen Sie doch bitte kurz hinaus. Das stört sonst wirklich.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Jawohl!)

– Danke schön.

Kathi Petersen (SPD): Also, ich habe aus Artikel 131 der Bayerischen Verfassung die obersten Bildungsziele zitiert. So weit, so gut. Hier wird von den Schulen aber verlangt, dass sie in diesem Auftrag die in Artikel 1 genannten Integrationsziele verwirklichen. Wenn man dort als interessierter Leser nachsieht, findet man aber nur ein einziges Integrationsziel, und zwar die unabdingbare Achtung der Leitkultur. Das kann es nicht sein. Da wird die Bayerische Verfassung schon arg eingedampft, und damit können wir uns nicht zufrieden geben.

(Beifall bei der SPD)

Danach ist von interkultureller Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler die Rede. Wie soll das geschehen? Es wird überhaupt nicht erläutert, wie man Schülerinnen und Schülern interkulturelle Kompetenz vermitteln will, zumal als oberstes Ziel die Achtung der Leitkultur genannt wird.

Im Änderungsantrag der SPD, der vorhin schon mehrfach erwähnt wurde, heißt es, dass die Bildungseinrichtungen die ethnische, kulturelle und religiöse Identität achten und fördern. Von einem Fördern dieser interkulturellen Identität steht hier aber nichts. Es steht auch nichts davon da, dass die Muttersprache gefördert werden soll. Kolleginnen und Kollegen haben aber eben schon darauf hingewiesen, dass man in seiner Muttersprache firm sein muss, um andere Sprachen erlernen zu können.

Der Islamunterricht wird in Bayern immer noch im Modellstatus erteilt. Wir haben mehrfach Anträge gestellt, dass er flächendeckend eingeführt werden soll. Das ist aber immer noch nicht erreicht. Das ist eindeutig ein Defizit bei der interkulturellen Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen nicht nur gelobt werden, wie das Frau Kollegin Trautner eben getan hat, sondern sie sollen "im erforderlichen Umfang" Fortbildungen bekommen. Was aber heißt "erforderlicher Umfang"? Wer legt fest, was erforderlich ist? – Meine Kollegin Annette Karl hat aus der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage erfahren, dass bei einschlägigen Fortbildungsangeboten geprüft wird, ob sie durchgeführt werden sollen. Auch da gibt es sehr viel Luft nach oben und nur wenig Konkretes.

In Absatz 3 heißt es, für Schülerinnen und Schüler können gesonderte Klassen und sonstige Fördermaßnahmen zur Sprachförderung eingerichtet werden. – Wir sind uns einig, dass die Aufnahme in Regelklassen das Sinnvollste ist, weil die Schülerinnen und Schüler sich dort am schnellsten integrieren. Das ist aber oft nicht auf Anhieb möglich, sondern es werden Fördermaßnahmen gebraucht. "Können" genügt nicht, man muss sie einrichten, weil die Schülerinnen und Schüler sonst dem Unterricht in den Regelklassen gar nicht folgen können.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Der Sinn von Absatz 4 erschließt sich mir auch nicht beim zweiten oder dritten Lesen. Wenn die Teilnahme am Unterricht als Grundvoraussetzung für die Integration an den Schulen für alle Schüler gilt, und wenn das auch so Praxis ist, dann könnte man ihn auch ersatzlos streichen. Oder soll jetzt ein Sonderrecht für muslimische Schüler eingeführt werden? Dann ist dieser Absatz der Integration aber nicht dienlich, sondern in hohem Maße hinderlich.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass Ihr Integrationsgesetz außerhalb der CSU nicht auf große Gegenliebe stößt. Der BLLV hat heute in einer Pressemitteilung noch einmal darauf hingewiesen, dass einzelne Passagen dieses Gesetzes eher dazu dienen, Flüchtlinge auszugrenzen und zu diskriminieren. Ich zitiere aus dieser Pressemitteilung:

Wir brauchen eine Willkommenskultur. In den Schulen wird dies mit hohem Einsatz geleistet. Wir Lehrerinnen und Lehrer helfen den Flüchtlingen mit viel Engagement, sich zu integrieren und mit unserer Lebensweise umgehen zu können. Wir warnen davor, durch Hetze und Polemisierung ein gesellschaftliches Klima zu befördern, das Gewalt begünstigt und unsere Arbeit in den Schulen gefährdet.

So die Präsidentin des BLLV, Frau Fleischmann. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Wir lehnen diesen Passus in Artikel 7 ab.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Petersen. – Für die Staatsregierung darf ich Herrn Staatssekretär Sibler das Wort erteilen.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein Gedankenexperiment. Stellen Sie sich vor, wir hätten diesen Artikel nicht aufgenommen, dann hätten wir die gleiche Kritik bekommen. Es hätte geheißen: Nicht einmal die Schule ist Ihnen eine Zeile wert.

(Beifall bei der CSU)

Ich will nur darauf hinweisen, wenn es um Schule und Bildung geht, dass wir im Haushalt 1.700 Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen haben. Im Haushalt, den wir in der nächsten Woche zur Schlussabstimmung vorlegen werden, sind noch einmal über 800 Stellen enthalten.

Für Deutsch als Zweitsprache oder Fremdsprache bauen wir die Universitäten in Passau und in Würzburg aus. Wir kommen auch dem Weiterbildungsbedarf der Lehrerinnen und Lehrer nach. Damit legen wir ein Programm auf, das sich bundesweit sehen lassen kann. Es hat bundesweit Beachtung gefunden.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Lehrerinnen und Lehrern an den Grundschulen, den Mittelschulen, vor allem aber auch an den beruflichen Schulen. Das Berufsin-

tegrationsjahr ist etwas, das bundesweit für Furore gesorgt hat. Es wurde bundesweit positiv bewertet, und man beneidet uns bundesweit darum. Meine Damen und Herren, zeigen Sie mir ein anderes Bundesland, das ähnliche finanzielle Anstrengungen unternimmt wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär.

(Zurufe von der CSU: Er war schon weg! – Anhaltende Unruhe bei der CSU)

– Moment, die Geschäftsordnung macht die Zwischenbemerkung nicht vom förmlichen Ende des Redebeitrags abhängig.

(Staatssekretär Bernd Sibler: Dann soll er halt die Zwischenbemerkung machen!)

Also bitte, Herr Scheuenstuhl.

(Erwin Huber (CSU): Der soll die Hände aus den Taschen nehmen! – Heiterkeit bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich weiß, wo meine Hände sind, Herr Kollege. Das wissen andere nicht! – Kerstin Schreyer (CSU): So genau wollten wir das gar nicht wissen!)

Herr Scheuenstuhl, beginnen Sie jetzt bitte mit der Zwischenbemerkung.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, entschuldigen Sie, dass ich etwas abgeschweift bin. – Herr Sibler, wir haben heute schon gehört, dass auf die Schulen neue Aufgaben zukommen. Auch Sie haben das erwähnt und auch, dass es neue Bildungs- und Weiterbildungsangebote gibt. Ich stelle hier genau die gleiche Frage wie vorhin; denn auch Sie sind nicht darauf eingegangen. Sie zwingen mich sozusagen zur Nachfrage, weil ich neugierig bin. Wir wissen, dass die Schulen, gerade im ländlichen Bereich – zum Teil, aber nicht alle –, katastrophal sind. Im städtischen Bereich ist das vielleicht sogar noch schlimmer. Was gedenken Sie also zu tun, damit auch die Räum-

lichkeiten ausgebaut werden, um den Erfordernissen zu entsprechen? Wir kommen später noch zu den Kommunen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dazu erwarte ich eine Aussage von Ihnen. Ich habe das vorhin schon gefragt und mir dann gedacht, ich warte mal, vielleicht sagt er noch etwas dazu. Das haben Sie aber leider nicht getan. Es wäre aber sehr schön, wenn Sie das noch täten.

Die GRÜNEN haben gerade auch noch das Transportproblem thematisiert. Das habe ich nicht angeführt, deshalb zitiere ich das jetzt einfach. Da treten nämlich Schwierigkeiten auf. Vielleicht können Sie auch dazu noch Stellung nehmen. Das interessiert insbesondere die Kommunalpolitiker. Wir haben hier sehr viele Stadt- und Kreisräte, die sind alle schon sehr gespannt, wie man dieses Problem angehen kann, wo man Zuschüsse beantragen kann. Was sehen Sie als Erfordernis, was die Schulen bringen – –

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Herr Präsident, darf ich weiterreden?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie dürfen noch zwanzig Sekunden weiterreden.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Danke schön. – Also, welche zusätzlichen Erfordernisse sind da? Vielleicht können Sie auch sagen: Es sind keine Erfordernisse da. Das weiß ich nicht. Da sind Sie der Experte. Ich bitte, meine Fragen nach Möglichkeit zu beantworten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, ich weise zurück, dass die bayerischen Schulen generell in einem katastrophalen Zustand sind.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

– Doch!

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Wenn das in der Landeshauptstadt München ein Stück weit anders aussieht, dann muss man dort die Fragen stellen.

Lieber Herr Scheuenstuhl, in einigen Fällen gibt es Sanierungsbedarf. Ich verweise aber auf die klassische FAG-Förderung, die heuer mit einem neuen Rekordwert von 8,6 Milliarden Euro ausgestattet ist. Das Geld stellen wir zur Sanierung der Schulhäuser zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier Zustimmung. Wer dem Artikel 7 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen, bitte. – Das sind SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dem Artikel 7 zugestimmt, und damit ist er so beschlossen.